

„Der Aufbau Ost ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte“

Mittelstandspräsident Mario Ohoven fordert Forschungsförderung und Abschaffung der Erbschaftssteuer

BERLIN. Auf den Aufbau Ost können die Deutschen stolz sein. Er sei eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Das sagte Mario Ohoven (69), Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), der 270 000 Mitgliedsfirmen hat.

25 Jahre deutsche Einheit – wie bewerten Sie das aus wirtschaftlicher Sicht?

Der Aufbau Ost ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte, auf die wir stolz sein können. In weiten Gebieten ist die Infrastruktur in den neuen Ländern deutlich besser als im Westen. Dort hat sich ein Investitionsstau von über 90 Milliarden Euro vor allem bei Autobahnen, Brücken und Wasserstraßen gebildet.

Zurück zu Ostdeutschland.

Gerne. Lassen wir die Statistik sprechen: Das Bruttoinlandsprodukt ist in den neuen Ländern von 172 Milliarden Euro im Jahr 1991 auf heute über 410 Milliarden Euro gestiegen, also auf über 90 Prozent des EU-Durchschnitts. Die Bruttojahreslöhne sind in der gleichen Zeit von 12 900 Euro auf 26 500 Euro gestiegen. Das ist hervorragend.

Nicht hervorragend ist, dass die Produktivität nur bei 70 Prozent des Westniveaus liegt und hier vor allem kleine Betriebe zu finden sind, die kaum Forschung und Entwicklung betreiben.

Die Innovationskraft in Ostdeutschland ist in der Tat geringer als im Westen. Wir haben hochproduktive, exportstarke Industrien in den alten Ländern, etwa im Maschinenbau. Im Osten haben viele Industriebetriebe den Kostenschub durch die gestiegenen Löhne nach der Wiedervereinigung immer noch nicht ganz verkraftet. Deshalb müssen Investitionen staatlicherseits gefördert werden.

Wie konkret?

Am wirkungsvollsten durch die steuerliche Freistellung reinvestierter Gewinne. Das schafft Liquidität und somit Geld für Investitionen, für Forschung und Entwicklung. Damit werden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen.

Reicht das zur Stärkung von Forschung und Entwicklung?

Man kann von den durch den Mindestlohn teilweise an den Rand der Existenz



Greift den Mindestlohn und die Erbschaftsteuer an: Mittelstandspräsident Mario Ohoven.

Foto: dpa

fähigkeit getriebenen kleinen Unternehmen im Osten nicht noch erwarten, dass sie erhebliche Beträge für Forschung und Entwicklung aufwenden können. Für einen wirklichen Technologiesprung braucht es gezielte staatliche Förder- und Anreizsysteme.

Was schlagen Sie vor?

Ich plädiere für eine Forschungsförderung, indem 15 Prozent der Personalaufwendungen als Steuergutschrift erstattet werden. Steuerliche Forschungsförderung gibt es bereits in 27 der 34 OECD-Staaten und bei 15 der 28 EU-Mitglieder – nur nicht bei uns. Extrem wichtig ist auch, dass Hochschulen und Unternehmen enger zusammenarbeiten. Die kleinen und mittleren Firmen müssen an den Forschungsergebnissen beteiligt werden. Dann entsteht Wertschöpfung in großem Umfang.

Sie kritisierten eben den Mindestlohn. Aber die Arbeitslosenzahlen im Osten gehen zurück, der Mindestlohn scheint

verkräftet zu sein.

Es gibt viele Betriebe in Ostdeutschland, die mit den 8,50 Euro pro Stunde nicht so gut klarkommen wie Firmen im Westen. Der Mindestlohn ist ein großes Problem etwa in der Gastronomie und im Garten- und Landschaftsbau. Er bürdet außerdem allen Unternehmen zusätzliche Bürokratie auf – Stichwort: Dokumentationspflichten. Der Mindestlohn hat zum Verlust von bundesweit 240 000 Minijobs geführt. Betroffen sind davon vor allem Niedrigqualifizierte und Menschen mit Vermittlungshindernissen, speziell in Ostdeutschland. Und es kommt noch schlimmer.

Inwiefern?

Der von Bundesarbeitsministerin Nahles vorgelegte Entwurf der Arbeitsstättenverordnung bedeutet eine weitere Bevormundung der Unternehmer, etwa weil der Betrieb Heimarbeitsplätze auf ihre Funktionstüchtigkeit prüfen soll, wobei eine Leitfrage ist, ob die Sonne blendet. Die von Frau Nahles geplanten

Einschränkungen von Zeitarbeit sowie Werk- und Dienstleistungsverträgen sind ein weiterer schwerer Eingriff in die unternehmerische Flexibilität. Die Bürokratiekosten der deutschen Wirtschaft betragen heute schon jährlich 30 Milliarden Euro. Man stelle sich vor, dieses Geld könnte sinnvoll investiert werden...

Was halten Sie von der geplanten Reform der Erbschaftssteuer?

Nichts. Viele Länder in Europa haben die Erbschaftssteuer abgeschafft. Wir sollten ihrem Beispiel folgen. Gerecht, einfach und verfassungsrechtlich sauber ist nur die komplette Abschaffung. Das Geld ist schließlich schon einmal versteuert worden. Das Aufkommen würde bestenfalls rund fünf Milliarden Euro jährlich betragen, bei Verwaltungskosten von 3,5 Milliarden Euro. Nebenbei: Was sind die fünf Milliarden Euro im Vergleich zu unseren Verpflichtungen bei der Griechenland-Rettung, die bald 100 Milliarden Euro betragen?

Interview: Ulrich Milde